

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis wöchentlich 1 Sgr. 9 Pf., monatlich 7 Sgr. 6 Pf., mit Botenl. 8 Sgr. 6 Pf.

Volks-Zeitung.

Einzel. 21 Sgr. 6 Pf., m. Botenl. 25 Sgr. 6 Pf. — D. Abon. Preis ist bei allen Postanstalten des Inl. 25 Sgr. 6 Pf. — 1 Abt. 6 Sgr. — Unter d. gepollt. Postzeit 1 Sgr.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

N^o 68.

Berlin, Sonnabend, den 21. März

1857.

Bestellungen auf die „Volks-Zeitung“ für das 2. Quartal 1857 beliebe man hierorts baldigst bei den bekannten Zeitungs-Distributoren, Expeditoren oder der Expedition zu machen.

Zwei Umstände.

Bei den Debatten der Kammern über die neuen Steuern möchten wir auf zwei Umstände aufmerksam machen, die unseres Erachtens von Denen übersehen werden, die diese Fragen nicht vom staatswirthschaftlichen, sondern vom Parteistandpunkt aus in Betracht ziehen.

Es giebt Abgeordnete, welche der Gebäudesteuer darum das Wort reden, weil in ihr der Anfang einer Ausgleichung der Grundsteuer läge. Nach ihrer Ansicht sei es von Wichtigkeit, daß die Grundsteuer-Befreiung, die vielen Rittergütern zu Theil wird, einmal aufhöre, daß endlich das Prinzip der gleichen Besteuerung eingeführt werde und die unbegründete Bevorzugung ein Ende nehme, welche, ein Rest des Mittelalters, in ganz ungeeigneter Weise sich bis in die Zustände der Gegenwart hineingeschleppt habe. In so fern nun die neue Gebäudesteuer das Prinzip der Steuerbefreiung nicht mehr aufrecht erhält und nur noch die Gebäude der Reichsunmittelbaren verschone, die nach deutschem Bundesrecht diese Bevorzugung genießen, soll dieses Prinzip erfreulich genug sein, um eine neue Last dem Lande aufzubürden.

Wir halten diese Art von freisinniger Prinzipienreiterei für eben so falsch, wie jede andere.

Wir sind für Aufhebung der bevorzugenden Steuerbefreiung, und halten diese Aufhebung für ein Recht an sich, dessen Inslebentreten auch wir freudig begrüßen werden; aber aus welchem Grunde? — Aus keinem anderen Grunde, als weil dadurch die Lasten der Besteuernten um Etwas verändert würden. Wollte man die Grundsteuer-Befreiung bloß darum aufheben, um einzelnen Bevorzugten ihre Bevorzugung zu mehren, ohne aber dafür die anderen Steuerzahlenden um dieselbe Summe zu entlasten, so würden wir dies für ein etwas leeres Prinzip halten. Wir würden sagen: Was haben wir davon, daß Herr K. auch so viel Steuern zahlen muß als wir, wenn seine Steuern uns nicht zu gute kommen!

Gleichwohl jedoch wäre das leere Prinzip mindestens ein Prinzip; und Wen einmal Prinzipien trösten, dem würden wir es vielleicht nachsehen, wenn er gleich dem ungerechten Weib im Salomonischen Urtheil sagte: „Durchschneidet das Kind! Ich will's, und sie soll's nicht haben!“

Was in aller Welt aber ist es für ein Prinzip, wenn man neue Steuern sich selbst auflastet, um sich damit zu trösten, daß sie auch ein Anderer zahlt? — Ist das eine Ausgleichung, wenn man von denselben noch schlimmer wegkommt, als bei unausgeglichnem Prinzip? —

In der That, in dieser Prinzipienreiterei liegt eine Verkehrtheit! Ist man für die neue Steuer überhaupt, hält man sie für gerecht und nothwendig, nun so unterwerfe mag sich ihr, wenn es sein muß; und thut man dies und lastet sie dem Lande einmal auf, so hat es seinen guten Grund, wenn man sie gleichmäßig vertheilt. Nicht aus Prinzip, damit Steuerbefreiten auch dieselbe tragen mögen, sondern aus Rücksicht auf das allgemeine Staatswohl, damit nicht die Andern größere Lasten tragen müssen. Die Steuerbefreiung auf der einen Seite ist ein Unrecht, weil sie auf der anderen Seite eine Steuererhöhung mit sich bringt. Ist man aber von der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit der neuen Steuer nicht überzeugt und will man sie dadurch befürworten, daß auch Andere noch als die bisherigen Steuerzahler darunter zu leiden haben, so greift man aus Liebe für ein leeres Prinzip in seinen eigenen vollen Beutel und bildet sich einen Gewinn ein im gemeinsamen Verlust. — Prinzipienreitereien dieser Art sind liberale Schwächen; sie sind wie Leibschmerzen zur Ausgleichung von Kopfschmerzen.

Einen zweiten Umstand von staatswirthschaftlichem Interesse haben wir in der Frage über die dreijährige Dienstzeit hervorzuheben.

Was wir darüber denken, haben wir bereits vor längerer Zeit ausgesprochen. Wir haben eine einjährige Dienstzeit für gebildete junge Menschen und sehen hieraus, daß man in der Praxis keineswegs alle Menschenkinder über einen Kamm scheeren darf. Wir sind der Ansicht, daß Tausende in einem Jahr zu guten Soldaten geschaffen werden können, andere Tausende erst in drei Jahren; mittelmäßige dagegen werden mit zwei Jahren ihre Ausbildung vollenden. Wir sind daher keineswegs prinzipiell gegen eine dreijährige Dienstzeit, sondern wollen diese Dienstzeit nur nicht unbedingt und allgemein haben. Die Fertigkeit des Dienenden sei der Maßstab für seine Entlassung aus der Linie; und hält man es so, so ist der Zweck aller bessern Absichten eben erfüllt.

Denjenigen aber, die sich dieser Ansicht nicht anschließen

Können und gleichwohl die dreijährige Dienstzeit anheben und für Alle eingeführt wissen wollen, um durch diese die Wehrkraft des Landes zu erhöhen, müssen wir den einen Umstand entgegenstellen, der diese Frage wiederum den Partei-Prinzipien entzieht und dem staatswirthschaftlichen Gesichtspunkt näher bringt.

Thatsache ist, daß wenn ein Volk in Friedenszeiten sehr steuerbelastet ist, in vorwärtenden Kriegszeiten die nöthige Steuerkraft zu tragen im Stande ist. Thatsache ist es ferner, daß die deutsche Geschichte deutlich genug lehrt, daß ein Staat wie Rußland trotz seiner vieljährigen Militär-Dienstzeit an Erschöpfung schnell erlag, weil die Steuerlast zu groß wurde, während England ohne großen Militärstand gerade durch die große Steuerfähigkeit des Landes nichts von dieser Erschöpfung empfand.

Merkt man sich aber diese Thatsachen und erwägt man, daß alles, was in Friedenszeiten gespart wird, den Kriegszeiten zu gute kommen kann, so geräth man auf den staatswirthschaftlichen Grundsatz, daß man im Frieden sparen muß, um im Kriege nicht an Erschöpfung zu leiden. Will man also die Wehrkraft erhöhen, so muß man die Ausgaben in Friedenszeiten schonen; faktisch ist dies auch eine Erhöhung der Kriegsbereitschaft. Verföhrt man anders, so kann es dahin kommen, daß man sich in Friedenszeiten vor lauter Kriegsbereitschaft so erschöpft, daß man in Kriegszeiten darunter leidet, und da faktisch vielmehr Friedens- als Kriegsaussichten vorhanden sind, so können wir die Schonung der Steuerkraft für ein ebenso gültiges Prinzip der Kriegsbereitschaft halten als die vieljährige Dienstzeit, die Geld und Menschenkräfte der Staatswirthschaft entzieht und auf der einen Seite schwächen, was sie auf der andern stärken will.

Berlin, den 20. März 1857.

— Sitzung der Abgeordneten vom 20. März. Die allgemeine Diskussion über die Steuergeetze wurde fortgesetzt, ohne zum Abschluß zu gelangen. Erwähnenswerth ist die Rede Harlort's gegen die Steuern; wir werden dieselbe morgen ausführlich mittheilen. Reichensperger (Führer der kath. Partei) erklärte sich für die Gebäudesteuer, welche er als vorbereitende Maßregel zur Grundsteuer betrachtet. Ebenso will er für die Salzsteuer stimmen. Als Gegner der Steuergeetze traten von der äußersten Rechten die Herren v. Blandenburg und v. Gerlach auf. Die Debatte wird Montag 10 Uhr fortgesetzt.

— Dem Lehrer Kaebel in Berlin ist unter dem 17. März 1857 ein Patent auf einen Federhalter auf fünf Jahre für den Umfang des preussischen Staates erteilt worden.

— Die von dem Vorstande der jüdischen Gemeinde aus Veranlassung der bevorstehenden Ersatzwahl für die Repräsentanten-Versammlung jetzt öffentlich ausgelegte Urwahlliste ergiebt, daß die berliner Gemeinde gegenwärtig über 2300 beitragende und somit wahlfähige und wahlberechtigte Mitglieder zählt. Bei der im Februar 1854 vorgenommenen Wahl betrug die Zahl derselben nur etwa 1700.

— Die Direktion der anhalter Bahn macht Folgendes bekannt: Um denjenigen Reisenden, welche bei der Ankunft auf einer unserer Stationen ihren Garantie-Schein über Gepäck den bestellten Gepäckträgern zur Belorgung ausshändigen, Sicherheit dafür zu gewähren, daß das Gepäck nicht in unrechte Hände kommt, haben wir angeordnet, daß jeder Gepäckträger sofort bei Empfang des Garantiescheins einen Theil davon abzutrennen und demjenigen Reisenden einzuhändigen verpflichtet ist, von welchem er den Garantieschein erhalten hat, und daß er demnächst nur derjenigen Person das Gepäck ausliefern darf, welche ihm das abgetrennte (also zum Garantieschein genau passende Stück) zurückgeben kann.

— Verhandlung wegen versuchten Raubmords vor dem Stadtschwurgericht am 16. und 17. März. Vor den Schranken steht der Klempnergefelle Gustav Adolph Müller, 34 Jahre alt, aus Königsberg gebürtig, bereits wegen schwerer Körperverletzung,

der ein ähnlicher Exzeß wie der hier in Rede stehende zu Grundlage lag, mit 2 1/4 Jahr Einweisung bestraft und von der Anklage des Diebstahls nur vorläufig freigesprochen. Die Anklage lautet auf versuchten Raubmord. Der Hergang der gegen die Frau des Postmeister Nauendorff am 4. Februar d. J. in deren Wohnung Invalidenstr. 32 verübten That ist schon durch frühere Berichte bekannt. Der Angeklagte kam unter einem Vorwand in die Wohnung, wollte dort auf den abwesenden Mann warten, und versuchte dann die Frau mit Messern und Schlägen zu erfordern. Nur dadurch, daß sie sich tödt stellte, gelang es ihr, während er im Vorderzimmer nach Sachen suchte, zu entkommen und bei einer Nachbarin Hilfe zu suchen. Der Angeklagte entfloh, sich entbedt sehend, und schleifte dabei die ihn festhaltende Frau Nauendorff die Treppe hinunter, bis sie in ihrem Blut liegen blieb. Mehrere in der Eile zurückgelassene Gegenstände, namentlich die Galoschen, führten zu seiner Entdeckung. Der Angeklagte bekennt sich für nicht schuldig. Er will die Nauendorff'sche Wohnung nur deshalb betreten haben, um den Werkführer Nauendorff um Arbeit zu bitten. Er will hier gewartet und bald darauf dergestalt die Besinnung verloren haben, daß er sich nicht mehr zu erinnern vermöge, was mit ihm vorgefallen sei. Er motivirt die Besinnungslosigkeit damit, daß er am Tage des Unfalls Brantwein getrunken habe, und daß er in Folge eines ihm vor mehreren Jahren auf den Kopf gefallenen Steines ein Kopfleiden zurückbehalten habe, das sich durch Besinnungslosigkeit bekunde, wenn er Schnaps getrunken hätte. Der Angeklagte hat diese Angaben auch schon in einem früheren Audienztermine gemacht und einen Beweis dafür angetreten, der auch erhoben worden ist. Er leugnet die freiwillige Ablegung eines Geständnisses vor der Polizei und seinem Mitgefangenen — Durch die Beweisaufnahme wird die Anklage in allen Punkten bestätigt. Die Hauptzeugin ist die Frau Nauendorff, welche den Vorfall ganz in der oben geschilderten Weise erzählt. Sie bekundet namentlich auch, daß der Angeklagte vollständig bei Besinnung gewesen sei und sein ganzes Auftreten dargehan, daß er sich sein Vorhaben reiflich überlegt gehabt habe. Die Zeugin hat in Folge jenes Exzeßes längere Zeit krank darnieder gelegen, ist aber wieder vollkommen hergestellt worden. — Die übrigen Zeugen, darunter mehrere Hausbewohner, bekunden über die Art und Weise, wie sie die Nauendorff gleich nach dem Vorfall blutend gefunden, und über die Flucht des Thäters, andere wieder erkennen den Angeklagten als einen Menschen, der sich schon am Tage vor dem Vorfall in dem Nauendorff'schen Hause herumgetrieben habe. Der Geh. Rath Casper hat den Angeklagten in Bezug auf die von ihm behauptete Unzurechnungsfähigkeit untersucht; er giebt sein Gutachten dahin ab, daß Angeklagter vollkommen zurechnungsfähig sei. Der von dem Angeklagten über einen in Königsberg stattgehabten Fall eines Steines auf seinen Kopf angetretene Beweis und die von ihm daraus hergeleitete Folgerung eines Kopfleidens, das sich durch zeitweise Geistesstörung äußere, ist ihm nicht gelungen. Mehrere dieserhalb in Königsberg vernommene Zeugen haben nur bekundet, daß Müller ihres Wissens einmal vor Jahren an einer Kopfverletzung gelitten habe, sie wissen aber weder den Grund derselben, noch haben sie jemals Zeichen von Geisteschwäche an ihm bemerkt. Auch den Einwand der Trunkenheit hat Angeklagter nicht zu beweisen vermocht. Es wurden noch zwei Aerzte, welche die Frau Nauendorff behandelt haben, vernommen. Sie bekunden über den Krankheitsverlauf und erklären ausdrücklich, daß die verehelichte Nauendorff es nur ihrer guten Konstitution zu danken gehabt habe, wenn sie keine nachtheiligen Folgen davon getragen. Der Staatsanwalt hält die Anklage in allen Punkten aufrecht und beantragt das Schuldig gegen den Angeklagten. Der Bertheidiger sucht die Zurechnungsfähigkeit seines Klienten in Zweifel zu ziehen. Die Geschworenen bejahen beide ihnen vorgelegte Fragen und erachten namentlich auch den Angeklagten für zurechnungsfähig. Das Gericht verurtheilt den Angeklagten wegen versuchten Todtschlags in gewinnsüchtiger Absicht zu achtzehnjähriger Zuchthausstrafe.

— An der hiesigen Börse scheiterte gestern abermals der Versuch, russische Eisenbahnaktien unterzubringen.

— Die „Nat.-Ztg.“ theilt nachträglich zur Böckhsfeier noch mit, daß zu dem Kapital von 2966 1/2 Thlr., womit das Böckh-Stipendium begründet worden, durch das lebendige Interesse und

die persönlichen Bemühungen des Kaufmanns Ludwig Laffer, meistens von hiesigen Bankiers, ein bedeutender Theil nämlich 1160 thlr., beigeuert wurde. Es verdient derselbe, der sich schon seit langen Jahren durch seine literarische und gemeinnützige Thätigkeit hervorgethan, gewiß für seine Mitwirkung auch bei obiger Gelegenheit den besonderen Dank der Universität.

— Der Riese Murphy ist, wie der „Publ.“ meldet, vom hiesigen Gewerbesteuer-Amt für die Schaustellungen seines langen 33's mit einer Steuer von 12 thlr. eingeschätzt worden und hat dafür einen Gewerbeschein erhalten. (?)

— Die Polizei hat vor einigen Tagen wieder eine Spielergesellschaft von 10 Mitgliedern aufgehoben. Am 17. fand eine allgemeine Recherche und Visitationen der unter polizeilicher Aufsicht stehenden Lokale und Personen statt.

— Die deutsche Pestalozzi-Stiftung in Pantow zählt gegenwärtig 24 Zöglinge, von denen etwa 6 aus Berlin sind, während die anderen aus verschiedenen Provinzen des Staates Aufnahme gefunden haben. Man beabsichtigt noch eine Filialanstalt einzurichten, und zwar für Mädchen, wozu der Ankauf eines Grundstückes beabsichtigt wird. Die Einnahme der Stiftung im verfloßenen Jahre betrug etwa 2000 Thaler.

— Wir meldeten nach einem Theaterblatte, daß der Bankpräsident Kulandt in Dessau die von ihm gegründete Kreditbank definitiv dazu bestimmt habe, das neue Königsstädtische Theater geschäftlich zu übernehmen. Die „Zeit“ ist ersucht, diese Nachricht als eine völlig unbegründete zu bezeichnen. Die dessauer Kreditanstalt steht zu dem Königsstädtischen Theater in keiner Beziehung und das vom Präsidenten Kulandt dem Herrn Cees gewährte hypothekarische Darlehn ist nur eine Privatangelegenheit des ersteren.

— Eine in den Jahren 1848 und 1849, so wie auch während der letzten Kämpfe gegen die Dänen oft genannte Persönlichkeit, Luise Aston, besuchte dieser Tage Magdeburg. Sie ist nach den wechselvollsten Schicksalen jetzt Gattin des eifrigen bremser Arztes, jetzigen kaiserlich russischen Oberstabsarztes Dr. Meyer zu Odessa und kam von dort, ihre Verwandten in der Nähe Magdeburgs zu besuchen und Familien-Angelegenheiten zu ordnen, worauf sie sofort zu ihrem Gatten, der während des orientalischen Krieges in russisches Lazareth im Süden Rußlands dirigierte, jetzt aber in Odessa an der Spitze des dortigen großen Militärhospitals steht, zurückkehren wird.

— Am nächsten Sonntag 11½ Uhr Vormittag findet eine von Franz Mücke veranstaltete Matinée im Englischen Hause statt, auf welche wir hiermit aufmerksam machen. Zur Aufführung kommt u. A. eine einaktige Operette: „Die Schwärze“ von Mücke, Text von Luise Gräfin von ***.

— Theater am Sonnabend 21. März. Schauspielhaus: Der Fichter von Ravenna. (Frl. Jannaschek: Ebusneba.) Friedr.-Wilhelmst.: Wollenweber und Triefel. Königl.: Zum ersten Male: Eine Französin, Sittengemälde aus dem vorigen Jahrhundert von Ed. Ferrmann. Doktor Besche. Kroll: Murphy und Molly. (Murphy als Gast.) Eigensinn. Guten Morgen Herr Fischer.

Sonntag, 22. März: Schauspielhaus: Graf Effer. Opernhaus: Aladin. Gute Nacht Hr. Pantalon. Friedr.-Wilhelmst.: Robert und Bertram. Königl.: Eine Französin. Doktor Besche. Kroll: Festprolog zur Feier des Geburtstags des Prinzen von Preußen. Konzert der Geschwister Maczel. Des Schauspielers letzte Rolle.

— In der Woche vom 7. bis incl. 13. d. Mts. wurden in hiesiger Residenz als geboren angemeldet: Knaben 158, Mädchen 178, zusammen 336 Kinder; gestorben Männer: 53, Frauen 54, Kinder 104 — 208 Personen; mithin wurden mehr geboren 128. Getauft wurden: Knaben 164, Mädchen 140. Getraut wurden 48 Paare.

— Die heute erschienene No. 12 der „Landwirthschaftlichen Zeitung für Nord- und Mitteldeutschland, von Dr. C. Schneitler“ enthält: 1) Theorie und Praxis; von Th. Wolff. — 2) Eine Stimme aus Frankreich über Ausfuhrverbote. — 3) Landwirthschaftliche Briefe aus England (mit 3 Abbildungen); von J. Schönmann. — 4) Clayton's Driegelmaschinen; von J. Schönmann. — 5) Vereinswesen. — 6) Kleinere Mittheilungen und Notizen.

Stettin. Seit lange ist bekanntlich die Rede von einer

Vergrößerung unsers mit jedem Tage an Handelsverkehr und Bevölkerung wachsenden Stadt. Die „Ostsee-Ztg.“ bringt unter der Ueberschrift: „Handelsstadt oder Festung?“ einen Leitartikel, der mit folgenden Worten schließt: „Der Sundzoll muß fallen!“ war Jahre lang unser Feldgeschrei im Kampfe für die Entfaltung unseres Handels. „Die Festung muß fallen!“ muß von jetzt an dessen Stelle treten: und wenn nur Jeder die Nothwendigkeit klar erfaßt, und nach seinen Kräften auch in die Kreise zu verbreiten sucht, welche sich noch gegen die Erkenntniß derselben verschließen, so werden wir dieses Ziel erreichen wie jenes. Es ist nur eine Frage der Zeit, früher oder später werden die militärischen Rücksichten sich fügen müssen, wie die politischen beim Sundzoll!“

Danzig. Ende Mai oder Anfang Juni wird eins der hier stationirten Kriegsschiffe eine Fahrt nach dem stillen Meere — nämlich nach Valparaiso, Lima, Guayaquil, Batavia und Manila — unternehmen.

Hannover. Am 18. März hat die zweite Kammer nach lebhafter Verhandlung das Finanzkapitel (wegen dessen die vorige Kammer aufgelöst wurde) in dritter Berathung endgiltig angenommen. Es fanden vier namentliche Abstimmungen statt, in denen 55 Stimmen der Rechten 22 Stimmen der Opposition gegenüber standen.

Schweiz. Eine ehrenvolle Auszeichnung ist einem Arbeiter von der Regierung des Kantons Gené geworden. Joseph Megemond, ein Savoyard aus Ebonon, Maschinist des Dampfers Rhone, hat nun schon fünfmal mit eigener Lebensgefahr einen oder mehrere Menschen vor dem Ertrinken gerettet. Da die Regierung weder Orden noch Rettungsmedaillen zu vergeben hat, so pflegt sie hervorragende Handlungen des Muthes und der Aufopferung durch werthvolle Geschenke zu belohnen, die mit dem Wappen des Kantons geschmückt und von durch die Regierung unterschriebenen Dankungsschreiben begleitet sind! Im Juli 1849 erhielt Megemond ein Silberservice, im Jahre 1851 eine goldene Uhr, 1854 einen werthvollen goldenen Ring, 1855 ein sehr schönes Portemonnaie mit 10 Napoleons; dies letztere für Rettung einer ganzen Barke voll Menschen, die ohne ihn in einem furchtbaren Sturme verloren waren. Am 19. Februar d. J. nun hat er abermals mit großem Muth und außerordentlicher Anstrengung und Gewandtheit unter den ungünstigsten Umständen einen Menschen vor dem Tode gerettet. Diesmal nun hatte die Regierung dem gelezgebenden Körper (dem grand conseil) die kostenfreie Aufnahme des J. Megemond in's Genéser Bürgerrecht vorgeschlagen, überzeugt, wie es in der betreffenden Zuschrift heißt, daß der Kanton stolz darauf sein werde, einen solchen Bürger zu besitzen. Die Naturalisation ist vom gelezgebenden Körper einstimmig bewilligt worden. Ein Einfahren ins Genéser Bürgerrecht kommt, inkl. aller Spejen, auf ca. 3500 Francs zu stehen.

Brüssel. Die „Arbeitsbörse“ organisiert eine Niesenpetition an die Kammer, um Aufhebung der Gesetze, welche die Verabredungen der Arbeiter (Arbeitseinstellungen) verbieten. Der Entwurf zur Petition ist in ihrer neuesten Nummer abgedruckt.

* Paris, 18. März. Graf Hayfeldt hatte gestern eine Konferenz mit Graf Walewski; dieser sah ebenso Dr. Kern bei sich. Für gewisse Punkte ist nämlich eine Verständigung nothwendig, um den Tag der neuen Sitzung zu bestimmen. Es ist ungewiß, ob, wie gestern gesagt wurde, die Bevollmächtigten sich heute versammeln. Sicher scheint jedoch zu stehen, daß die Konferenzen nicht länger wohl als zwei Tage noch ausgesetzt bleiben werden. — Aus guter Quelle erfahre ich, daß England und die Türkei einen Ergänzungsvertrag bezüglich der Eufratbahn abgeschlossen, wonach die Türkei statt der früher stipulirten Zinsengarantie von 6 Prozent nur 3 Prozent übernehmen wird. Diese Herabsetzung ist wohl durch die Mißbilligung bewirkt worden, welche die frühere Bestimmung in ganz Europa gefunden hat. — Die hiesige Regierung hat von dem Bischofe von Nancy aus Rom Depeschen bekommen, worin derselbe von der wohlwollenden Absicht des Papstes hinsichtlich einer Reise nach Frankreich spricht. Dieser Bericht macht hier große Freude. — Die Stadt Mailand will, wie man hier erzählt, zur Erinnerung an die Aufstellung der Statue Napoleon's I. eine Medaille schlagen lassen. Der Kaiser von Oestreich ist durch diese Maßnahme dem hiesigen Hofe

wieder um einen Schritt näher getreten, und Baron Sillner kann jeden Tag sich von der hierdurch in den Tuilerien hervorgebrachten guten Wirkung überzeugen. So war derselbe der einzige Diplomat, der am Vorabende des Geburtstages des kaiserlichen Prinzen zur kaiserlichen Tafel eingeladen war. Die übrigen Mitglieder des diplomatischen Korps waren bloß Abends zum Konzert eingeladen. — Ein Privatbrief aus Wien meldet dem „Voss“, daß der Kaiser von Oestreich die siebenbürgischen Deputationen sehr wohlwollend und huldvoll aufgenommen und denselben versprochen habe, auf seiner Reise nach Ungarn im Monat Mai gleichfalls Siebenbürgen und die Bukowina zu besuchen. Der Kaiser wird diese Reise dazu benutzen, um die beabsichtigten Versöhnungs- und Begnadigungserlasse selbst zu verkündigen, sowohl in Ungarn als auch später in den rumänischen Provinzen. — Man schreibt aus Kalkutta vom 10. Februar, daß die ostindische Kompagnie sich abermals geweigert habe, an dem Kriege gegen China sich zu betheiligen, da, nach ihrer Ansicht, diese Frage eine rein politische geworden sei, die einzig das Mutterland angehe.

Paris, 18. März. Die zweite Division der polytechnischen Schule ist aufgelöst worden. Die Zöglinge haben den Adjutanten, über den sie sich zu beschweren hatten, gegen die Mauer gedrückt, daß er beinahe auf dem Plage gestorben wäre. Die Schule mußte militärisch besetzt werden, und später wurde die Division aufgelöst. Man sagt überdies, daß die Zöglinge dieser Division vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollten, falls der Adjutant stirbe. Dieses Ereigniß macht natürlich hier, wo man viel auf die polytechnischen Zöglinge hält, kein geringes Aufsehen. — Bei einem hier stattgehabten Schach-Duell im Café de la Régence hat der Preusse Harrwitz glänzend gestegt; mit dem Rücken den Schachbreitern zugewandt, spielte er gleichzeitig zwei Partien und gewann beide. Einer seiner Gegner war ein Schachspieler ersten Ranges. Die etwa fünfzig Zuschauer, unter denen man den Prinzen Anton Bonaparte und den Herzog Karl von Braunschweig bemerkte, hatten ein Eintrittsgeld von 5 Franken erlegt.

London, 18. März. Im Unterhause lenkte gestern Disraeli die Aufmerksamkeit auf die Unterhandlungen zwischen der englischen und der neapolitanischen Regierung. Die dem Parlamente vorgelegten betreffenden Papiere, bemerkt er, seien sehr mager. Ich ersehe jedoch, fährt Disraeli fort, aus den fremden Zeitungen und aus einer englischen Zeitung, daß das Ausland und das englische Publikum mehr begünstigt sind, als die Mitglieder des Hauses der Gemeinen, indem die nicht vorgelegte Korrespondenz theilweise in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Ich möchte nun in Bezug auf eine der darin enthaltenen Behauptungen eine Frage an den edlen Lord richten. Ihrer Majestät Regierung, heißt es, habe sich einer fremden Macht gegenüber dazu erboten, einen etwaigen Versuch, republikanische Institutionen im Süden Italiens einzuführen, nöthigenfalls selbst mit Waffengewalt zu verhindern. Ich hoffe, der edl. Lord wird mir eine freimüthige und nicht eine bloß technische Antwort auf die Frage ertheilen, ob dieses oder ein ähnliches Anerbieten wirklich gemacht worden ist. Lord Palmerston erwidert, daß die Regierung kein derartiges Anerbieten, wie das von Disraeli erwähnt, gemacht hat. Auf eine Frage Denley's erwidert Lord Palmerston: Die Instruktionen an die Gesandtschaft in Neapel, von denen ich sprach, hatten nichts mit der Einführung republikanischer Institutionen zu thun. Die beiden Herren werden sicherlich einsehen, daß es der britischen Regierung nie einfallen wird, die Einführung irgend einer Regierungsform, welche anzunehmen das Volk eines fremden Landes für gut befindet, mit Waffengewalt zu verhindern. In einem solchen Falle würden wir natürlich unsere Ansicht darüber haben, was am wünschenswertesten wäre, aber wir würden uns nicht für berechtigt halten, unsere Ansicht mit Waffengewalt zur Geltung zu bringen.

London, 19. März, Morgens. „Morning Post“ berichtet: Ferret Khan wird heute in Folkestone ankommen und mehrere Wochen in London bleiben. — „Morning Advertiser“ meldet, daß die Wa. I in London morgen über acht Tage stattfinden werde. — Nach „Daily News“ sind Cobden und Gibson gestern in Manchester enthusiastisch empfangen worden. (Tel. Dep. d. R. 3.)

Rußland. „Invalide“ und „Viene“ versichern, die politischen Konflikte, welche die Diplomaten beschäftigen, würden sich noch mehren. Das Zerwürfniß zwischen Oestreich und Sardinien so wohl, wie die „Einmischung“ der deutschen Mächte in die inneren Angelegenheiten Dänemarks seien von der Art, daß man wünschen müsse, dieselben möchten nicht zu ernste Folgen haben. Es ist außer Zweifel, daß man hier der Meinung ist, die holstein-lauenburgische Frage sei prinzipiell aus einem anderen politischen Gesichtspunkte zu betrachten, als der ist, welchem die öffentliche Meinung in Deutschland huldigt. Die von der dänischen Regierung verfochtene Ansicht scheint hier schon um deshalb Sympathien zu finden, weil die Vertreter derselben die von Rußland mit scheelen Augen betrachteten skandinavischen Tendenzen bekämpfen. — In Moskau kam es zwischen dem Universitäts-Professor Szewyrew und dem Grafen Bobrynski zu einer handgreiflichen Auslegung der Rede Robert Peel's, wobei letzterer den ersteren so zerschlug und zerdrückte, daß dieser in Folge der Wunden nach zwei Tagen verschied.

Telegraphische Depeschen.

London, Donnerstag, 19. März, Abends. In der heutigen Sitzung des Oberhauses sagte Lord Clarendon, daß die Regierung von einem Angriff englischer Schiffe auf Japan nichts wisse. — Lord Hardwicke fragte, weshalb die Westmächte ihre Flotten nicht nach Neapel schickten, worauf Lord Clarendon erwiderte, um den Ausbruch einer Revolution in Neapel zu vermeiden.

Marktgängiger Getreidepreis zu Lande vom 18. bis 20. März.

Datum	Weizen			Roggen			gr. Gerste			Hafer											
	auch			auch			auch			auch											
	1/2	1/4	1/8	1/2	1/4	1/8	1/2	1/4	1/8	1/2	1/4	1/8									
18. März	—	—	—	1	27	6	1	20	—	1	21	3	1	18	9	1	3	9	—	28	9
19. "	2	23	9	—	—	—	1	25	8	1	22	6	1	20	—	1	2	6	—	28	9
20. "	—	—	—	—	—	—	1	27	6	1	23	9	1	22	6	1	2	6	—	28	9

Den 18. März das Schod Stroh 7 1/2 flr. 10 Sgr. auch 6 flr. — Sgr. — Pf. Der Centner Hen 1 flr. — Sgr. — Pf., ger. Sorte — 1/2 flr. 24 Sgr. Kartoffeln d. Scheffel — 1/2 flr. 22 Sgr. 6 Pf., auch 12 Sgr. 6 Pf., mehenweis 1 Sgr. 6 Pf., auch 1 Sgr. — Pf.

Berliner Börse.

Freitag, den 20. März 1857.

Die Börse war in fester Haltung, bei belebtem Geschäft waren die Kurse meist etwas höher.

- Eisenbahn-Aktien.
 Berg.-Märk. 90 1/4 B.
 Aachen-Mastricht 61 1/2 B.
 Berl.-Hamburg. 113 B.
 - Ptsd.-Wgd. 147 B.
 - Stettin 138 1/2 B.
 - Anhalt 148 — 1/2 B.
 Köln-Minden 152 3/4 — 3 B.
 Br.-Schw.-Frb. alt. 133 — 4 B.
 do. do. neue 126 1/2 B.
 Oberschl. Litt. A. 144 1/2 — 5 3/4 B.
 do. Litt. B. 135 1/4 B.
 do. Litt. C. 132 — 3 B.
 Cos.-Ddb. (Wilhelm) 103 1/2 — 2 B.
 Düsseldorf-Eberf. —
 Rheinische 107 1/2 B.
 Thüringer 125 1/2 B.
 Stargard-Posen 102 3/4 B.
 Magdeb.-Halberst. 205 B.
 Magdeb.-Wittenb. 48 B.
 Mecklenburger 58 1/4 — 1/2 B.
 Fr.-Wilh.-Ardb. 5 1/2 — 5/8 B.
 Ludw.-Verb. 148 B.
 Destr.-fr.-St.-Eis. 161 — 1/2 B.
- In- und Ausländische Fonds:
 Pr. Staatsschuldschein 84 3/4 B.
 Destr. 5% Metall. 82 1/4 B.
 - 5% Nat.-A. 84 1/2 B.
 - 250 fl. Pr.-Obl. 107 1/2 B.
 Preuß. und voll eingezahlte ausländ. Bank-Aktien.
 Prß. Bank-An.-Sch. 138 1/2 B.
 B. Bank-Ber. 99 3/4 — 7/8 B. G.
 B. Sblsg.-A. 95 1/2 B. G.
 Baar.-Fr.-A. 102 1/8 — 1/4 B.
 Fis.-A.-A. 115 3/4 — 16 B. B.
 Br. Bank-Akt. 131 B.
 Darmst. „ 119 — 20 B.
 do. Zettel „ 101 1/4 — 1/4 B. G.
 Dess.-Arb. „ 92 — 3/8 B.
 Mold. Land. „ 105 3/4 B.
 Leipz. Kredit „ 92 1/2 — 3/4 B.
 Weiningen „ „ 96 B.
 Oestreich „ „ 136 1/2 — 3/4 B.
 Thüring. B.-Akt. 103 1/2 B.
 Weimarische 120 1/2 — 21 B.
 Prß.-Sblsgel.-Antb. 93 7/8 B.
 Schl.-Bank-B.-Antb. 94 1/2 B. G.

Getreide: Roggen pr. März 42 1/4. Spiritus loco 29 1/2 — 3/8. Rübsl loco 17 1/8

Verantwortlicher Redakteur: Franz Dunder in Berlin.

Erud. zur Dunder & Weidling in m. F. Weidling, Potsdam, Nr. 20.

Verlag von Franz Dunder.

Hierzu 1 Beilage.